

Schwarz (türkis)-blaue Kulturpolitik in Österreich

Ein Gespräch mit Michael Wimmer/EDUCULT



PD Dr. Michael Wimmer ist Direktor von EDUCULT und Privatdozent an der Universität für angewandte Kunst

Michael Wimmer

Patrick Kwasi: Wurde 2000 durch die schwarzblaue Übernahme auch eine Wende in der Kulturpolitik eingeleitet?

Wimmer: Ja, es hat sich etwas geändert. Es gab 2000 noch ein beeindruckendes Widerstandspotential in der Kulturszene, die eine offensive Front gegen die fremdenfeindliche Politik der neuen Machthaber bildete.

Von heute auf morgen konnten natürlich nicht weite Teile des Kulturbetriebs »gesäubert« werden. Die kritischen Teile der freien Szene hatten es aber um einiges schwerer, Förderungen in Anspruch zu nehmen. Die Regierung wollte die Ökonomisierung des Kulturbetriebs voranbringen, um sich so sukzessive aus der projektbezogenen Bundeskunsthilfe zurückziehen. Ein Kurs, der auch von den Folgeregerungen übernommen werden sollte.

An und für sich war Schwarz-Blau damals ja eine relativ kurze Episode. Wurde die damals eingeläutete Kulturpolitik von der anschließenden sozialdemokratischen Kulturpolitik fortgesetzt? Haben die rotschwarzen Folgeregerungen diesen Faden aufgenommen?

Wimmer: Die rotschwarze Fortsetzung ab 2007 war stark von Claudia

Schmieds Handschrift geprägt, der man als neuer Bundesministerin Kunst und Kultur gemeinsam überantwortet hatte, und dazu noch den Bildungsbereich. Damit konnte sie einen Schwerpunkt im Bereich der Kunst- und Kulturvermittlung legen. Dabei hat sie Anleihe bei der Idee der 1970er Jahre einer »Kultur für Alle« genommen. Sie hat das allerdings

Als Schwarz-blaue Koalition oder auch Türkis-blaue Koalition bezeichnet man in Österreich eine Zusammenarbeit zwischen der Österreichischen Volkspartei (ÖVP, schwarz, seit 2017 auch türkis) und der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ, blau).

Die Österreichische Volkspartei (ÖVP) vertritt das bürgerliche, konservative Spektrum und gilt traditionell als der Wirtschaft, den Bauern und der römisch-katholischen Kirche nahe stehend.

Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) ist eine rechtspopulistische Partei in Österreich, die im Nationalrat, in allen neun Landtagen und vielen Gemeinderäten vertreten ist. Sie wird mit Rechtsextremismus in Verbindung gebracht.

unter anderen Vorzeichen gemacht. Im Vordergrund stand nicht mehr die politische Intention, mittels Kultur politische Emanzipation zu ermöglichen, sondern die Absicht, mit der Einbeziehung bislang vernachlässigter Zielgruppen den Kulturbetrieb breiter aufzustellen und besser am Markt zu verankern in der Hoffnung, noch einmal zur Legitimation staatlicher Priorisierung beizutragen.

Diese Politik der Ökonomisierung des Kulturbetriebs hat dann insbesondere die Amtszeit des auf Claudia Schmied folgenden Josef Ostermayer geprägt, der ab 2013 als Kanzleramtsminister die Zuständigkeit für Kunst und Kultur übernahm. Diese Strategie verfolgt nun auch die neue schwarz (türkis) - blaue Bundesregierung: Die Auslieferung des Kulturbetriebs an die Kräfte des Marktes wurde also schon 2000 in Gang gesetzt.

In dem Maße, in dem sich der öffentliche Kulturbetrieb vermarktförmigt hat, scheint mir sein politisches Potential abhanden gekommen zu sein. Dementsprechend schwach waren die Widerstandsformen bei der Neubildung der konservativen, zunehmend rechtsradikal agierenden Bundesregierung. Sie zeigt bisher wenig Ambition, Symbolpolitik mit den Mitteln des Kulturbetriebs

zu betreiben. Sie unterscheidet sich dabei von Schwarz-Blau I, die etwa mit der Zelebration eines Mozart-Jahres den Vorwurf grassierender Ausländerfeindlichkeit vergessen lassen wollte. Den amtierenden Kunstminister Norbert Blümel interessiert der Kulturbetrieb nur wenig.

In seiner Symbolpolitik folgt er nur zu gerne der FPÖ-Strategie einer »Kulturalisierung« von Sozialpolitik. Da werden neue, vor allem ethnisch und religiös konnotierte kulturelle Gegensätze konstruiert, um so die gesellschaftliche Spaltung voranzutreiben: Zwischen »uns« und den »anderen«; zwischen den echten Österreicher*innen und den Migrant*innen. Das scheint das neue Profilierungsfeld zu sein, in dem heute die neuen kulturpolitischen Schlachten geschlagen werden. Das zeigt sich auch in den Gegenbewegungen. Wenn nach 2000 weite Teile des Kulturbetriebes aufgestanden sind, um gegen die Regierung zu demonstrieren, bestimmen diesmal sehr viel stärker migrantische Gruppierungen die Bilder der Demonstrationszüge.

Die sozialdemokratische Kulturpolitik hat in der Endphase ihrer Regierungstätigkeit das politische Potential von Kulturpolitik zunehmend vergessen. Sie hat sich – sanfter als in anderen Ländern, aber doch – einem ökonomischen Paradigma verschrieben und die großen Kultureinrichtungen der Logik des Marktes unterworfen. Gleichzeitig hat sie den freien Sektor weiter geschwächt, der zuletzt schon ziemlich erschöpft war.

Dazu hat eine verfehlte sozialdemokratische Kulturpolitik beigetragen. Man hätte die Chance gehabt mit einer Strategie, die großen Einrichtungen stärker an die Logik der Marktgesellschaft anzupassen, um so die Standortattraktivität samt damit verbundener touristischer Erfordernisse zu bedienen. Das hätte genügend Manövrierraum geschaffen, um kompensatorisch einen starken freien Sektor weiter zu entwickeln, der eine politische Vorstellung von Kulturpolitik aufrechterhalten kann.

Könnte es eine Lösung sein, sich die Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik aus den 1970er Jahren wieder mehr zum Vorbild zu nehmen? Zumindest dort, wo progressive Kräfte noch politische Gestaltungsmacht haben?

Wimmer: Ich hoffe, ich bin jetzt nicht zu pessimistisch, aber ich befürchte, dass der Stellenwert des Kulturbetriebes insgesamt in den letzten dreißig Jahren beträchtlich an Bedeutung verloren hat. Er scheint weder für nationalstaatliche Identifikationsbildung noch als wesentlicher Faktor der persönlichen und kollektiven Emanzipation mehr von signifikanter Bedeutung zu sein. Ich sehe die Kräfte nicht, die noch einmal in der Lage wären, dem Kulturbetrieb wieder die gesellschaftspolitische Brisanz zu geben, die er eigentlich verdienen würde. Sein Angebot wird heute von den meisten Menschen als eine mögliche Freizeitbeschäftigung unter vielen anderen wahrgenommen. Darüber hinaus werden mit ihm kaum mehr politische Hoffnungen verbunden. Das hängt auch mit der

Digitalisierung zusammen, die ganz neue Kulturräume und Interaktionsformen hat entstehen lassen, im Übrigen eine bislang sträflich unterschätzte Dimension jedenfalls der österreichischen Kulturpolitik. In diesem Zusammenhang erweist es sich für eine emanzipatorische Kulturpolitik als verheerend, dass die rechten Kräfte mit diesen Medien wesentlich besser umgehen können. Wenn es noch Emanzipationspotentiale und gesellschaftspolitische Dimensionen gibt, dann spielen die sich in migrantischen Kontexten ab. Das ist das zentrale Spielfeld der neuen Regierung. Da können auch Kunst- und Kulturschaffende eine wesentliche Rolle spielen, aber nur im Zusammenhang zu aktuellen migrations- und integrationspolitischen Fragen.

Das Gespräch wurde im Januar 2019 von Patrick Kwasi / IG Kultur Österreich mit Michael Wimmer / Educult geführt und wird hier leicht gekürzt wiedergegeben. Es stellt eine Zusammenfassung eines Beitrags von Michael Wimmer »Staatliche Kulturpolitiken im Vergleich – Über Ähnlichkeiten und Unterschiede des Kulturverständnisses schwarz-blauer Regierungen« für einen Sammelband von Emmerich Talos (Hg.): Schwarz-Blau dar, der im Herbst 2019 erscheint. Er kann auf <http://michael-wimmer.at/nachgelesen> werden.

Eine Hörfassung des Gesprächs findet sich unter: <http://www.igkultur.at/artikel/michael-wimmer-educult-sozialdemokratische-kulturpolitik-hat-auf-das-politische-potential> ■

Kulturelle Diversität und Liberalismus

»Das Politische in der Spätmoderne kreist nicht mehr um Verteilungsfragen, sondern stark um kulturelle Fragen. Seit den 1980er Jahren ist der neue, dominante Liberalismus ja essenziell mit dem Thema kulturelle Diversität verknüpft. Wieder greift hier eine reine Neoliberalismus-Diagnose nicht. Es gibt natürlich eine wirtschaftsliberale Seite des neuen Liberalismus, und es gibt zugleich eine linksliberale Seite, bei der es um Persönlichkeitsrechte und Diversität geht. (...)

Beides sind Öffnungsbewegungen für Märkte und für Identitäten; die vorherige nivellierte Mittelstandsgesellschaft erscheint uns heute ökonomisch und kulturell überreguliert. Und beiden Seiten des Liberalismus geht es um Unterschiede und Differenzen. Der Wettbewerb setzt auf Differenzen: Es geht immer um bessere Schulen, nicht um gleich gute. Der Linksliberalismus setzt ebenso auf Unterschiede: Verschiedene Geschlechter, verschiedene sexuelle Orientierungen, verschiedene migrantische Communities erscheinen als wertvoll. Vor allem seit dem Erstarken des Rechtspopulismus erkennt man diese Zusammengehörigkeit von Wirtschafts- und Linksliberalismus deutlich, denn beide sind ja dessen Hauptgegner.«

Andreas Reckwitz: Wir Einzigartigen. Warum sich heute alles um Kultur dreht: Ein Gespräch mit dem Soziologen Andreas Reckwitz über die neue Klassengesellschaft und den Wettbewerb in der Spätmoderne; Interview: Alexander Cammann (<http://www.zeit.de/2017/41/mit-telschicht-kultur-individualisierung-andreas-reckwitz>)